

Stadt-IMPULSE



DIE LINKE -Stadtverband Strausberg

Ausgabe
März 2020

Am Tage des 75. Jahrestages der Bombardierung Dresdens stimmt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Strausberg gegen eine internationale Initiative ICAN (Träger des Friedensnobelpreises), die die Städte der Welt aufruft, das Verbot von Kernwaffen zu unterstützen.

Am 07.07.2017 haben 122 Staaten den Vertrag zum Verbot der Kernwaffen beschlossen. Bis Januar 2020 haben 80 Staaten diesen Vertrag unterzeichnet. Deutschland, wie auch andere NATO-Staaten, sollen zum Beitritt aufgefordert werden. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben über 100 Städte zugestimmt und entsprechende Beschlüsse gefasst, darunter Dortmund, Kassel, Nürnberg, Braunschweig, Bochum, Berlin, Erfurt, Magdeburg, Chemnitz, Halle, Karlsruhe, Münster, um nur einige zu nennen. Die politischen Mehrheiten in den Städten sind sehr unterschiedlich, alle eint das Ziel, die immense Bedrohung durch Atomwaffen darzustellen und den Beitritt der Bundesregierung zum Vertrag zu fordern.

Die Partnerstadt von Strausberg Frankenthal hat ebenfalls einen Beschluss gefasst und die Bürgermeisterin Frau Stadeler offensichtlich angeregt, eine entsprechende Vorlage in die SVV Strausberg einzubringen.

Der Beschlusstext lautete: „Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den von den Vereinten Nationen 2017 verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und fordert die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“ Im Text zur Begründung wurde der Aufruf des ICAN Städteappells zitiert: „Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die

Stadtverordnetenversammlung Strausberg stimmt gegen die Initiative der Städte der Welt für das Verbot von Kernwaffen

immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Kernwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich,



würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

In der Debatte wurde sichtbar, wie sich Fraktionen und Personen dazu positionieren. Die Fraktionen von CDU und AfD betonten die Notwendigkeit von Atomwaffen für die Abschreckung gegenüber Russland, der FDP-Vertreter Krause meinte, die Unterstützung dieser Initiative sei nicht unsere Aufgabe, und die SPD-Fraktion unter Leitung von Dr. Sybille Bock (Vorsitzende des Kreisausschusses) hüllte sich in Schweigen. Das veranlasste die Bürgermeisterin, die Vorlage zurückzuziehen. Die Fraktion der Partei DIE LINKE übernahm daraufhin die Vorlage und

brachte sie zur Abstimmung. Die namentliche Abstimmung, vorgeschlagen von Markus Czyschi (UfW), brachte folgendes Ergebnis:

dafür 10: Fraktion DIE LINKE (8), Jens Knoblich (ZfS) und Markus Czyschi (UfW); **Enthaltung** 5: Bürgermeisterin Elke Stadeler, Vorsitzender SVV

Steffen Schuster (UfW), Matthias Michel (ZfS), Sonja Zeymer (UfW) und Uwe Reuter (AfD); **dagegen** 14: Nick Reinking, Dr. Sybille Bock, Sabrina Janik, Frank Müller (alle SPD), Stephan Blumenthal, Andreas Fuchs, Kerstin Reißner, Thomas Urbach (alle CDU), Gerhard Deutsch, Stefan Weiß (beide AfD), Thomas Frenzel, Robert Krause, Enrico Nickel (alle ZfS) und Patrik Hübner (UfW) - Die Namen wurden dem offiziellen Abstimmungsprotokoll entnommen.

Dieses Abstimmungsergebnis steht im krassen Widerspruch zu dem Meinungsbild der Bevölkerung in Deutschland, denn 70 % der Menschen hierzulande sind gegen Atomwaffen und vor allem deren Stationierung in Deutschland. Da erhebt sich die Frage, wessen Interessen vertreten die Stadtverordneten, die sich weigern, die Bundesregierung aufzufordern, der weltweiten von der UNO initiierten Initiative beizutreten? Es wäre interessant zu wissen, wie die Strausberger Bürgerinnen und Bürger das Abstimmungsverhalten ihrer gewählten VolksvertreterInnen finden. Denn wer sich gegen die Abschaffung der Atomwaffen einsetzt, befürwortet diese. Die politische Dummheit der Befürworter von Atomwaffen ist nicht zu überbieten.

Dieter Schäfer

Fraktion DIE LINKE. in der SVV SRB

Eilmeldung nach Redaktionsschluss

Liebe Genossinnen und Genossen, angesichts der aktuellen Situation bezüglich der Ausbreitung des Corona-Virus haben wir uns entschlossen, die Durchführung der Gesamtmitgliederversammlung am 26.03.2020 auszusetzen.

Die für den 26.03.2020 im SOWI geplante Gesamtmitgliederversammlung findet also nicht statt.

Wir bitten Euch um Euer Verständnis für die Entscheidung. Der Schutz Eurer Gesundheit

geht – insbesondere in dieser besonderen Lage – aber unbedingt vor.

Mit solidarischen Grüßen

Niels-Olaf Lüders

Stadtvorstand DIE LINKE. Strausberg

Stadtverband vor anspruchsvollen Aufgaben

Im 75. Jahr der Befreiung vom Faschismus steht der Stadtverband der LINKEN. Strausberg vor anspruchsvollen Aufgaben. Die aktuell-politische Lage veranlasst uns, in unserem Wirken in der Öffentlichkeit klare Bekenntnisse abzugeben.

Wir verwehren uns gegen den regierungs-offiziellen Begriff des Jahrestages der Beendigung des Krieges und betonen ausdrücklich, dass bis auf wenige, nicht von Nazi-Deutschland besetzte europäische Länder, Europa vom Faschismus befreit wurde. Und wir wissen, dass es die Soldaten der Roten Armee waren, die die Hauptlast beim Sieg der Alliierten über das faschistische Deutschland trugen. Wir werden diesen Jahrestag in angemessener Form feiern und die vom Kreisverband der VVN-BdA am 8. Mai auf dem Marktplatz in Strausberg organisierte Veranstaltung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Strausberg und Umgebung besuchen (Einladung kommt in Stadt-Impulse April). Wir werden diesen Tag und auch andere Veranstaltungen in diesem Zusammenhang dazu nutzen, um unseren Protest zum Ausdruck zu bringen, dass sich die Bundesrepublik in perfider Weise maßgeblich an der militärischen Provokation der NATO gegen Russland beteiligt, die bewusst in zeitlichem Zusammenhang mit dem Tag der Befreiung (Tag des Sieges) das größte Manöver an der Westgrenze Russlands als militärische Machtdemonstration durchführt. Entgegen aller Beteuerungen der Militärs

und auch deutscher PolitikerInnen sagen wir, dass schon wieder „Räder müssen rollen für den Sieg“ propagiert und geprobt wird. Und die Richtung, in der diese Räder rollen, ist nicht irgendwohin, nein, sie rollen gen Osten. Das ist unerträglich und wir werden das auf den verschiedensten Veranstaltungen in Seelow und auf den Seelower Höhen, zum 1. Mai und vor allem zum 8. Mai öffentlichkeitswirksam bekunden.

Außerdem werden wir jede Gelegenheit nutzen, um unseren Protest zum Ausdruck zu bringen, dass sich die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich gegen eine Beschlussvorlage wendete, in der die Regierung der Bundesrepublik aufgefördert wird, der UN-Initiative für das weltweite Verbot von Kernwaffen beizutreten (siehe auch Artikel auf Seite 1). Mit unserer Unterschrift auf den Listen der durch den Stadtverband initiierten Unterschriftensammlung werden wir persönlich symbolisch diesem Abkommen beitreten und denjenigen Stadtverordneten, die die Vorlage zu Fall gebracht haben, beweisen, dass sie nicht den Willen der Mehrheit der Strausberger und Strausbergerinnen vertreten, wahrscheinlich nicht mal den der eigenen Wählerinnen und Wähler.

Zu den weiteren Aufgaben des Stadtverbandes zählt auch die Vorbereitung des 30. Strausberger Friedensfestes, dessen Vorbereitung bereits in vollem Gange war, aber durch die Absage des Eigentümers des Alten Gutshofes einen empfindlichen

Rückschlag erlitten hat. (Siehe Artikel C. Steinkopf) Jetzt gilt es, neu zu denken. Auf der Gesamtmitgliederversammlung Ende März sollte der Stadtverband dazu beraten. Dann muss entschieden werden, wie wir unter den neuen Bedingungen ein Friedensfest welchen Umfanges organisieren, und wie wir das finanziell und personell stemmen wollen. Denkbar wäre vieles, wir sollten das Machbare angehen.

Wolfram Wetzig

BO M01

TERMINE MÄRZ / APRIL

Stadtvorstandssitzung

jeweils 19.00 Uhr in der Geschäftsstelle.

18. März und 8. April

Arbeitsgruppe Friedensfest

18.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle

17. April

Fraktionssitzung

18.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle

30. März

Stadtverordnetenversammlung

2. April, 18.00 Uhr in der Mensa der Hegermühlen-Grundschule.

Stadtverband DIE LINKE. Strausberg

Vorsitzender:

Niels-Olaf Lüders

E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de

DIE LINKE.
Stadtverband Strausberg

Information der Arbeitsgruppe Friedensfest

Die AG Friedensfest des Stadtverbandes Strausberg DIE LINKE steht vor einem großen Problem.

Die bundtStift gemeinnützige GmbH hat ihr im Februar erklärt, dass sie ab 2020 mit Dritten keine Mietverträge zur Nutzung des Alten Gutshofes mehr abschließt, sondern den Gutshof nur noch für Veranstaltungen der GmbH und der Schule nutzen wird.

Diese Entscheidung des Trägers ist legitim und wird sicher eine Begründung haben.

Uns wurde sie lediglich mit den oben angeführten dürren Worten mitgeteilt, und dass auch erst, als im Februar um einen Termin für Absprachen zum diesjährigen Friedensfest gebeten wurde. Selbst eine nachfolgende Bitte auf Prüfung der Möglichkeit einer letztmaligen Nutzung im Jahr 2020, da die für uns unerwartete Entscheidung die AG vor große Probleme stellt, und der Verweis auf die aktuelle politische Situation fanden keine

Anerkennung. Diese Haltung ist für uns enttäuschend. Wer gerade jetzt einer solchen friedenspolitischen und die Völkerverständigung fördernden Veranstaltung überraschend die seit vielen Jahren geübte Zusammenarbeit verweigert und damit deren Ausrichtung gefährdet, setzt unserer Meinung nach falsche Zeichen. Wir können angesichts der fehlenden Begründung dieser Entscheidung über die Motive natürlich nur mutmaßen. Da wir uns bei den postulierten hohen humanistischen Ansprüchen der bundtStift gemeinnützige GmbH nicht vorstellen können, dass es an inhaltlichen Vorbehalten liegt, sind es vermutlich geschäftliche bzw. kommerzielle Gründe. Aber macht es das wirklich besser? Die AG Friedensfest bemüht sich nun um einen alternativen Austragungsort für das diesjährige Friedensfest in Strausberg. Es bleibt abzuwarten, ob das gelingen wird.

Christian Steinkopf

Stadtfraktion DIE LINKE. Strausberg

Vorsitzender:

Gregor Weiß

Tel.: 01 79/7 96 98 11

E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de

DIE LINKE.
In der SVV Strausberg

IMPRESSUM

Stadtverband Strausberg,
V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders
Zuschriften bitte an die
Kreisgeschäftsstelle
DIE LINKE. MOL
Große Straße 45
15344 Strausberg
E-Mail: info@dielinke-mol.de